

Die "Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung und Haus für den Monat April 36,- M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32,- M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenband bezogen für Teufelsberg, Langs, das Saar- und Rheinland sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen und Litauen 60,- M., für das übrige Ausland 67,- M.

Die abendhospitale Konzeptschrift über deren Raum kostet 12,- M. einschließlich Infanterienummer. Klein-Anzeigen: Das feinstgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Infanterienummer. Postfreie Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 5,- M. mehr pro Zeile. Stellen-Gesuche in Klein-Anzeigen: Das feinstgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Verlags-Vertrieb 152 90-152 90

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Einheit des Proletariats

Ein historisches Moment

Nach mehr als zehnstündigen Beratungen der drei Exekutiven ist ein gemeinsamer Beschluß aller drei proletarischen Internationalen zustande gekommen. Es war ein historisches Moment, als der Vorsitzende, Genosse Fritz Adler, das Ergebnis der Beratungen, die Herstellung der proletarischen internationalen Einheitsfront bekanntgab. Unter voller Aufmerksamkeit der ganzen Konferenz führte er aus, daß große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen seien, aber die Vertreter der drei Exekutiven hätten schließlich ihre Bedenken zurückgestellt und sich zu der gemeinsamen Willensfindung entschlossen. Die Erklärung, die von Vandervelde, MacDonald, Wels (2. Internationale), Adler, Brafe, Crispin (Wiener Arbeitsgemeinschaft), Radek, Zeilin, Prossard (3. Internationale) unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz ist einig, daß, so sehr die Vereinfachung der Massenorganisation des Proletariats wünschenswert ist, es im gegenwärtigen Moment sich nur um gemeinsame Beratungen zum Zwecke gemeinsamer Aktionen mit konkreten Zielen aller an der Konferenz vertretenen Richtungen handeln kann. Die Konferenz schlägt daher vor, daß die Exekutiven ihre Zustimmung zu der Einsetzung eines zentralen Exekutivkomitees einholen, dem es obliegt, die Vorbereitung für weitere Konferenzen der drei Exekutiven sowie für Konferenzen in erweitertem Maßstabe unter Heranziehung von Parteien, die keiner der drei internationalen Organisationen angeschlossen sind, zu organisieren. Jeder Exekutive steht es frei, die Personen der Exekutive für die ihr zumutenden drei Mandate nach eigenem Ermessen zu bestimmen. In diesem Organisationskomitee kann es keine Mehrheitsbeschlüsse geben, es wird die Aufgabe haben, die gemeinsamen Gesichtspunkte der drei Exekutiven soweit sie erteilt werden, zum Ausdruck zu bringen.

Die Konferenz hält es für zweckmäßig, daß das einzu-richtende Organisationskomitee den Versuch unternimmt, eine unverbindliche Aussprache zwischen den Vertretern des 2. Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. V. Amsterdam) und den Vertretern der Roten Gewerkschaftsinternationale herbeizuführen, um die Frage zu prüfen, wie die Erhaltung und Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront auf nationaler und internationaler Ebene gefördert werden kann. Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Vertreter der Kommunistischen Internationale, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre alle von diesen gewünschten Verteidiger zugelassen werden, daß, wie in der Sowjetpresse bereits vor der Konferenz festgestellt wurde, in diesem Prozeß die Verhängung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird, daß, da die Verhandlungen dieses Prozesses öffentlich sind, folglich auch Vertreter aus drei Exekutiven als Zuhörer beizutreten können, denen es ausgesetzt sein wird, denogatorische Ausnahmen zwecks Berichterstattung an die diesen Exekutiven angeschlossenen Parteien vornehmen zu lassen.

Die Konferenz stellt fest, daß jede der drei Exekutiven sich bereit erklärt, das von den verschiedenen Richtungen in Aussicht genommene Material über die Frage Georgiens entgegenzunehmen und einer Prüfung zu unterziehen. Die Konferenz beauftragt das Organisationskomitee, die Schlussfolgerungen dieser Prüfung zu sammeln und einer späteren Konferenz der drei Exekutiven Bericht zu erstatten.

Die Konferenz stellt fest, daß die Vertreter der 2. Internationale die Erklärung abgegeben haben, daß sie die Veranstaltung einer allgemeinen Konferenz während des Monats April, also während der Tagung der Konferenz von Genoa, nicht für möglich halten. Die Konferenz ist auch im Prinzip einig über die Notwendigkeit der möglichst raschen Einberufung einer allgemeinen Konferenz. Die Exekutiven übernehmen die Aufgabe, die ihnen angeschlossenen Parteien über die Fortschritte, die der Gedanke der allgemeinen Konferenz in der Beratung in Berlin gemacht hat, zu informieren und werden ihren Mitgliedern im Organisationskomitee Bestimmungen erteilen, die Beratungen über die Einberufung einer allgemeinen Konferenz zu einem endgültigen Ergebnis zu bringen.

Da die Organisation der allgemeinen Konferenz im Laufe dieses Monats aus dem oben angegebenen Umstand nicht möglich ist, erklärt die heutige Konferenz es als notwendige Pflicht gegenüber dem Anmarsch des internationalen imperialistischen Kapitalismus den geeinten Willen des internationalen Massenbewusstseins des Proletariats unmittelbar in einer internationalen Massenaktion zum Ausdruck zu bringen. Die Konferenz fordert daher die Arbeiter aller Länder auf zu kraftvollen, möglichst geeinten Massenlandzügen während der Konferenz von Genoa, und zwar am 20. April, und wo dies aus technischen oder organisatorischen Gründen nicht möglich ist, am 1. Mai zu demonstrieren.

Für den Achthundentag!
Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird!
Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive!

Für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjet-Rußland!

Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale!

Eine Erklärung der I. A. S. P.

Die Exekutive der I. A. S. P. forderte die Aufnahme des folgenden Passus in die gemeinsame Erklärung der 3 Exekutiven:

„Die Konferenz erklärt, daß es die Pflicht aller proletarischen Parteien ist, sich in ihrem Lande für die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen mit aller Energie einzusetzen, insbesondere jener, die sich noch aus der Zeit des offenen Bürgerkrieges in Untersuchung- oder Strafkast befinden.“

Die Delegation der Kommunistischen Internationale erklärte, diesem Passus nicht zustimmen zu können. Um das Resultat der gemeinsamen Konferenz wegen dieser Differenz nicht scheitern zu lassen, sieht sich die I. A. S. P. gezwungen, von der Aufnahme der vorstehenden Stelle in die gemeinsame Erklärung abzusehen, und stellt fest, daß die Kommunistische Internationale soviel Wert auf die fernere Gefangenhaltung von Sozialisten in Rußland legt, daß sie bereit war, dafür den Kampf für die Befreiung von proletarischen politischen Gefangenen, die in den Kerker der kapitalistischen Staaten schmachten, preiszugeben.

Die Exekutive der 2. Internationale hat sich dieser Erklärung der I. A. S. P. angeschlossen und macht sie sich zu eigen.

Die letzten ober-schlesischen Verhandlungen

Genf, 5. April.

Das Völkerbundsekretariat erläßt folgende amtliche Mitteilung: Der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz Calonder hat die beiden Bevollmächtigten zu einer Besprechung eingeladen, um in der fröhlichen Frage der Liquidation des deutschen Besitzes in Polnisch-Oberschlesien einen letzten Versöhnungsversuch vorzunehmen. Diese Besprechung soll Samstag, den 8. April, 11 Uhr vormittags, stattfinden. Falls dieser letzte Versuch fruchtlos verläuft, wird Herr Calonder die beiden Bevollmächtigten zu einer öffentlichen Sitzung im Völkerbundsekretariat auf Mittwoch, den 12. April, 11 Uhr vormittags, einberufen und in dieser Sitzung seinen Schiedsspruch bekannt geben. Damit können die Verhandlungen als abgeschlossen gelten, und es würden nur die redaktionellen Arbeiten zu beenden sein, an denen der damit besonders vertraute Ausschuss eifrig arbeitet.

Wahlkampf mit Höllemaschinen

U. A. Budapest, 5. April.

Das Bombenattentat im Club der liberalen Partei, das sich gegen die demokratischen Politiker Rassy und Ruppert richtete, bildet den Gipfelpunkt des Terror-Veldzuges, den die Erwachenden Ungarns planmäßig gegen die Wahlkandidaten der oppositionellen Parteien führen. Wie durch die Enthüllungen der von der Opposition gebildeten Reichshühlig a bekannt geworden ist, hat die Regierungspartei im Verein mit den Erwachenden Ungarn eine mit reichen Geldmitteln versehene Organisation geschaffen, deren Mitglieder bewaffnet sind und die Aufgabe haben, alle Wahlversammlungen der regierungsfeindlichen Parteien zu sprengen und die Wähler einzuschüchtern. Die bekanntesten oppositionellen Politiker wurden auf eine schwarze Liste gesetzt, an deren Spitze die Namen Ruppert und Rassy standen. Wie das jetzige Attentat beweist, scheint tatsächlich die gewalttätige Beseitigung aller der Regierung nicht genehmen Politiker beabsichtigt zu sein. Nach Bekanntwerden des Attentats fanden in Budapest Demonstrationen von Gummitrüffel-Bewaffneten „Erwachenden“ statt, die Hochrufe auf die Attentäter ausbrachten.

Das Ende einer wilhelminischen Herrlichkeit. Der vor dem Kriege vom Stapel gelassene Erbschbau der Kaiser-nacht Hohenzollern, der wegen des Kriegsausbruchs nicht fertiggestellt werden konnte und auf dem toten Odeum nahe der Berliner Vulkanwerkst ankerie, ist jetzt auf Abbruch nach Kiel verkauft. Das Schiff wird von einem Hamburger Schlepper nach Kiel übergeführt.

Bayerische Politik

Im bayerischen Landtag haben die Beratungen über den Haushaltsplan begonnen. Der Ministerpräsident Graf Verchenfeld hielt aus diesem Anlaß eine Rede, in der er die Vorwürfe zurückwies, die gegen die bayerische Justiz erhoben werden. Die Justizbehörde in Bayern müsse mit aller Entschiedenheit verteidigt werden. Bayern denke auch nicht an einen Abban des bisherigen Ministeriums des Neuhären. Wenn auch jede selbständige auswärtige Politik der Länder aufgehört habe, so hätten doch die Länder nicht aufgehört, selbständige völkerrechtliche Subjekte zu sein. Sie hätten immer noch die Pflicht, auf die auswärtige Politik einen gewissen Einfluß auszuüben.

Diesen partikularistischen Ansichten gemäß vertrat der Ministerpräsident denn auch die Errichtung einer neuen Gesandtschaft in Stuttgart, da die bisherigen Gesandtschaften, die Bayern in anderen Ländern des Reiches hat, scheinbar noch ausreichen zur Durchsetzung des bayerischen Sonderstandpunktes. Demgegenüber ist die Beteuerung des Ministers, an der Zusammengehörigkeit Bayerns mit dem Reich festzuhalten, nur eine leere Phrase. Daß die Loslösungsbestrebungen in Bayern immer mehr Boden gewinnen, ist allbekannt. Im Reichstag spielte gestern sogar der volksparteiliche Abgeordnete von Kardorff, der sonst eine gemäßigtere Sprache führt, die Loslösungsbestrebungen mit drohender Geste gegen das Reich aus, indem er verlangte, den Bogen nicht zu überspannen und Bayern seine angeblichen Sonderrechte zu belassen.

Graf Verchenfeld verneinte in seiner Rede auch die Tätigkeit der bayerischen Behörden in Sachen der Verfolgung der Erzbergermörder und der Geheimorganisation C zu rechtfertigen. Er behauptete, daß alles, was über Bayern gesagt werde, un wahr und entstellte ist und daß diese Nachrichten vom größten Teil von Berliner Spitzeln stammen. Berlin brauche aber keine Spitzeln zu unterhalten, denn diese Gesellschaft arbeite von ganz allein und sei überall da zu finden, wo man die Bestrebungen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, bekämpfe. Von Bayern wird nun immer behauptet, daß es das Land der müttergütigen Ruhe und Ordnung sei. Demnach dürfte die bayerische Regierung auch keine Spitzeln beschäftigen. Sie hat deren aber ein ganzes Heer und weist damit direkt nach, daß die Ruhe und Ordnung gerade durch die Tätigkeit der bayerischen Regierung gefährdet wird.

Uebersüssig zu sagen, daß die bayerischen Behörden nicht so einwandfrei arbeiten, wie es der Minister darzustellen versucht. Die Tatsache, daß in Bayern bisher noch kein rechtsgerichteter Mörder gefaßt worden ist, daß Bayern zu einem Schlupfwinkel der Verschwörer und flehbrüchlich verfolgten Verbrecher geworden ist, daß hohe bayerische Regierungsbeamte mit flehbrüchlich verfolgten Verbrechern intimen Verkehr gepflogen, ihnen zu falschen Pässen verholfen haben, diese Tatsache allein genügt zur Widerlegung des Ministers Graf Verchenfeld. Diese Tatsachen beweisen aber auch deutlich, warum gerade Bayern so beharrlich auf seine angeblichen Sonderrechte pocht.

Im Ganzen zeigt aber das Vorgehen Bayerns, daß die Revolution auf halbem Wege stehen geblieben ist. Sie hat es nicht einmal vermocht, den politischen Forderungen der Revolution von 1848 gerecht zu werden. Sie ist hinter dieser Revolution stehen geblieben. Nicht ein überspannter Staatsgedanke, nicht ein übertriebener Zentralismus, sondern der einfachste Zweckmäßigkeitsgedanke zwingt zu einer Vereinfachung der Verwaltung und damit zu einer Vereinfachung des Reiches. Sparsamkeitsgründe, die sich aus der finanziellen Notlage des Reiches von selbst ergeben, treiben geradezu zwangsläufig dazu, die Behördenapparate abzubauen, die Regierungsgeschäfte durch den denkbar geringsten Aufwand an Personen zu erledigen.

Bayern aber unterhält nicht nur seine Gesandtschaften, es hat auch ein Ministerium des Neuhären und selbst der Militärattaché in Berlin ist ihm verblieben, obwohl der Verfassung nach eine einheitliche Wehrmacht bestehen soll. Bayerns Politik ent-

spricht also weder den Bedürfnissen des Reiches, noch den Bedürfnissen des Landes. Sie hat auch nichts mit der Sonderart der bayerischen Bevölkerung zu tun. Sie wird lediglich von partikularistischen Gesichtspunkten geleitet, und diese Gesichtspunkte sind letzten Endes monarchistischer Natur, also reichsfeindlich und vollstverderbend.

Die Sachverständigen für Genua

Wie die F. V. N. hören, werden die nachstehenden Sachverständigen voraussichtlich zur Teilnahme an den Verhandlungen in Genua von Anfang an eingeladen werden:

Baltusch, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Christlicher Gewerkschafter; Bergmann, Staatssekretär, Deutsche Bank; Bernhardt, Schriftredakteur, Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrates; Bücher, Geheimrat, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Industrie; Cuno, Geheimrat, Generaldirektor der Hapag-Dampfburg; Dübber, Geheimrat, Verwalter, Chemische Fabrik Bayer; Erkelow, Mitglied des Reichstages, Vorsitzender Reichsverbandes Gewerkschafter, Demokrat; Hue, Mitglied des Reichstages, Arbeiter Gewerkschafter; Bergarbeitervertreter; Kraemer, Direktor, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Wuppertal A. G.; Krenter, Geheimrat, Mitglied des Reichswirtschaftsrates; Lüben, Direktor, Kohlenindustrie Essen; Melchior, Bankhaus Warburg, Hamburg; v. Mendelssohn, Chef des Bankhauses Mendelssohn, Berlin; Wiesel, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Mitglied des Reichstages, Reichswirtschaftsminister A. D.; Louis Dagen-Roth, Vantier, Vorsitzender der Handelskammer.

Der Fall Hermes—Augustin

Die billigen Weingeschäfte.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages in Sachen des Ministers Dr. Hermes hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab.

Als Zeuge wird zunächst vernommen Staatssekretär Dr. Ramm vom preussischen Landwirtschaftsministerium. Als dem Zeugen Mitteilung von der Bestimmung des Regierungsrats Dr. Augustin und von dem Eingriff in die Strohstoffpreise in Höhe von 7000 M. gemacht worden ist, hat er sich am 7. Mai 1921 wachend an den Minister Hermes gewandt in der Annahme, daß dieser für Ordnung in seinem Amte sorgen werde. Hermes hat Ramm gegenüber, der ihm 28 Jahre bei seinem Aufstiege geholfen hat, plötzlich eine feindselige Haltung eingenommen, er hat seine Warnung mißachtet und Augustin geduldet. Zur kritischen Zeit, am 18. Mai, hat Staatssekretär Ramm dem Minister Hermes Mitteilung von den angeblichen Verfehlungen gemacht. Am 20. Mai ist dann trotzdem die Beförderung Augustins erfolgt.

Zeuge Staatssekretär Dübber erklärt: Die Verfehlungen sind nicht so schwerwiegend gewesen, um eine Maßregelung des Regierungsrats Dr. Augustin zu rechtfertigen, wenn auch die Heberhebung eines „Patengeschenks“ nicht anständig erscheint.

Minister Dr. Hermes betont, daß er scharfes und schroffes Vorgehen gegen Augustin gefordert habe, er hat sich aber vom Staatssekretär Dübber als dem alten erfahrenen Berater Rat geholt.

Zeuge Regierungsrat Dr. Wittong wird gefragt, ob vor seiner Vernehmung im Magdeburger Strohstoffprozeß eine Beeinflussung des Zeugen erfolgt sei. Der Zeuge lehnt dies zunächst ab, entwirft sich dann aber einer Unterredung mit Ministerialdirektor Köhler, die er so aufgefaßt habe, daß er sich der Aufklärung nähern sollte, daß Staatssekretär Dübber keine Kenntnis von dem Briefe Ramm habe.

Durch die Zeugenansagen des Staatssekretärs Dr. Ramm steht nunmehr endgültig fest, daß Staatssekretär Dr. Ramm bereits am 7. Mai 1920 Dr. Hermes brieflich von den Verfehlungen Augustins Kenntnis gegeben und am 18. Mai die Angelegenheit persönlich mit Minister Dr. Hermes besprochen hat. Minister Dr. Hermes hat bisher bekanntlich immer geltend gemacht, daß gegen Augustin deshalb nicht so gleich vorgegangen sei, weil er sich zu jener Zeit auf Urlaub befand und die Unterredung mit Staatssekretär Ramm erst gegen Ende Mai stattgefunden habe. Es konnte aber in der heutigen Verhandlung weiter festgestellt werden, daß Augustin erst am 15. Mai sein Urlaubsgesuch eingereicht hatte, daß es am 17. Mai genehmigt wurde, worauf Augustin dann erst am 21. Mai seinen Urlaub antret. Von der Vertagung der heute vernommenen Zeugen, Staatssekretär Dr. Ramm, Staatssekretär Dr. Dübber und Regierungsrat Wittong wurde gegen die Stimmen des unabhängigen und kommunistischen Ausschussmitgliedes abgesehen, da keine Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugen vorlag. Dr. Veit forderte noch genaue Angaben über die Urlaubszeiten der Beamten des Reichsministeriums im Jahre 1920 und Vorlegung der Urlaubslisten, aus denen sich möglicherweise Rückschlüsse auf die Zusammenhänge zwischen dem Urlaubsantritt Augustins und seinen Verfehlungen ziehen ließen.

Über die Weingeschäfte des Dr. Hermes wurden heute nur einige Bemerkungen Dr. Veit entgegengekommen und der zufällig anwesende Zentrumabgeordnete Veltin, Mitglied des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer, informativ zu der Sache gehört. In den Beweisanträgen Dr. Veit wurde die Herbeischaffung des noch fehlenden gesamten Briefwechsels, der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Minister Dr. Hermes bzw. von Herrn Regierungsrat Ramm mit dem Winzerverband geführt wurde, gefordert. Da diese Unterlagen sich bei der Staatsanwaltschaft befinden, soll die Herbeischaffung auf Wunsch von Dr. Veit nur erfolgen, falls dadurch keine Verzögerung in dem von Hermes anhängig gemachten Verfahren gegen die „Freiheit“ eintritt. Er verlangte weiter die Herbeischaffung des Briefwechsels, der der ersten Weinstellung vom 27. April 1920 vorausgegangen ist, der Kassendrücker des Trierer Winzervereins A. G., des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer und die Belege über die von Minister Hermes geleisteten Zahlungen. In der Zwischenzeit hat Dr. Veit noch die Feststellung für notwendig, ob im Jahre 1921 eine weitere Zuerberlieferung des Winzerverbandes stattgefunden hat, da ein Brief des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer von einem Geschäft um Zuteilung von Weinzucker spricht, verbunden mit der Bitte um möglichst billigen Preis. Es sind vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Originalaktenzüge einzufordern, da das vom

Reichsministerium über die Zuerberlieferung eingereichte Aktenstück ein zusammengefügtes sei und anschließend nachträglich fortlaufend nummeriert worden ist. Außerdem wird noch der gesamte Briefwechsel des Winzerverbandes mit dem Reichsministerium und der Landwirtschaftlichen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1919 sowie die betreffenden Akten des Reichsausschusses für Oel und Fett zu genaueren Feststellungen über die aus einem Fonds zur Schädlingsbekämpfung erfolgte Barzahlung von 50.000 M. verlangt.

Abgeordneter Veltin gab eine Schilderung darüber wie die Winzer seines Verbandes an ihn herankommen seien wegen der Zuerberlieferung, worauf er sich mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt und das Anliegen weiter gegeben habe. Auch der Sitzung vom 18. Dezember 1920 habe er beigewohnt; er selbst habe in dieser Sitzung den Standpunkt vertreten, daß die Verteilung der Sonderzulassung nicht durch den Winzerverband, sondern durch die Kommunalverbände erfolgen solle. Seinem Wunsch sei aber nicht entsprochen worden. Von irgend welchen Beziehungen zwischen dem Winzerverband und dem Ernährungsminister sei ihm nichts bekannt gewesen. Auf Befragen des Veltin, daß es im allgemeinen in Winzereisen nicht üblich sei, Weine früherer Jahrgänge zu dem niedrigen Selbstkostenpreise abzugeben. Ob der Betrag von drei Mark für die Hermes gelieferten Weine den Selbstkostenpreis darstelle, konnte er erst auf Grund genauer Berechnungen feststellen. Er selbst habe auch einmal ähnliche Weine aus Freundschaft zu Vorzugspreisen abgegeben, jedoch 20 Mark pro Flasche erhalten.

Die nächste Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses findet erst nach den Ferien, einen Tag vor Wiederrzusammentritt des Plenums, statt.

Kanonenschriften

Der Superintendent Raack hat dem in seinem Amtsbereich tätigen Pfarrer Bleier in Charlottenburg untersagt, Vorträge außerhalb seiner Gemeinde zu halten. Dagegen wird ein anderer Pfarrer derselben Gemeinde dauernd für Vortragsreisen verurteilt. Dieser Pfarrer gehört der Deutschen Volkspartei an; Pfarrer Bleier hingegen ist Sozialist und tritt öffentlich für den Weltfrieden und die Verhütung der Völker ein. In einem Schreiben vom 24. März hat es der Superintendent Raack unternommen, dem Pfarrer Bleier über seine Vortragsfähigkeit folgende Belehrung zu erteilen:

„Ich habe je länger je mehr den Weltfrieden und die Völkerberuhigung, wie Sie sie auffassen und öffentlich vertreten, für schädlich untereinander mit dem wahren Christentum und mit der auch von der christlichen Ethik geforderten männlichen Würde und Selbstbehauptung halten müssen.“

Der Superintendent Raack hält es also mit dem Christentum nicht für vereinbar, wenn ein Pfarrer für den Frieden eintritt. Hingegen ist er damit einverstanden, wenn die Pfarrer zum Völkervertrag und zum Revanchekrieg auffordern, und wenn sie, wie während des Krieges, das Rauben, Morden und Sengen der Soldaten segnen. Wenn Christus heute noch leben würde — wir halten die Streitfrage hier aus, ob er überhaupt gelebt hat —, dann würde er diesen Superintendenten sicher zum Tempel hinausjagen. Weil dies nicht geschieht und nicht geschehen kann, hat Genosse Kleinspehn im Landtag eine Anfrage eingebracht, ob der Kultusminister die Lehre des Kanonenschriften Raack mit der Lehre Jesu, die die Pfarrer angeblich verkünden wollen und sollen, für vereinbar hält. Weiter wird gefragt, was das Staatsministerium zu tun gedenkt, um auch dem Pfarrer Bleier das ihm in der Reichsverfassung gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung zu sichern und ihn vor den Verfolgungen der Kanonenschriften, die nicht nur in seinem Kirchensprengel, sondern in ganz Deutschland sitzen, zu schützen. Auf die Antwort auf diese Frage kann man wirklich einmal gespannt sein.

Eine Schwindelmeldung

In der bürgerlichen Presse, namentlich in Sachsen, macht eine Notiz „Die Unabhängigen gegen den Achtstundentag“ die Runde, worin es heißt, daß im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates bei der Debatte über die Arbeitszeit, die als Sachverständigen hinzugezogenen, bei den Reichssozialisten Wisse und Paepow für Verbeibehaltung des Achtstundentages sich ausgesprochen hätten, während sich der unabhängige Sozialist Kaliski mit aller Entschiedenheit gegen eine schematische Verbeibehaltung des Achtstundentages geäußert hätte.

Diese Notiz ist ein frecher Schwindel. Kaliski ist nicht unabhängiger Sozialist, sondern Mitglied der rechtssozialistischen Partei und ein hervorragender Mitarbeiter rechtssozialistischer Blätter. Seine Gegnerische gegen den Achtstundentag teilt er mit anderen Rechtssozialisten, so dem früheren württembergischen rechtssozialistischen Minister Dr. Lindemann. Die Unabhängigen Sozialdemokratie hingegen hat sich stets und bei allen Gelegenheiten für die Verbeibehaltung des Achtstundentages ausgesprochen und gegen alle Versuche, ihn zu durchbrechen, sich mit aller Entschiedenheit gewendet.

Awaloff-Bermond

Wie erinnert ist „Nark“ Awaloff-Bermond, der in Berlin dauernd Wohnung genommen hatte, im Januar aus Preußen ausgewiesen worden. Die „Nark“ berichtet nun in ihrer Morgenausgabe vom 5. April, daß Awaloff-Bermond sich wieder in Berlin aufhalte und in einem namhaft gemachten Kurhaus Wohnung genommen habe. Wie der amtliche Preussische Pressedienst hierzu erfährt, ist diese Meldung richtig. Awaloff-Bermond hatte sich nach erfolgter Ausweisung nicht, wie man damals annahm, nach München begeben, sondern nach Hamburg, wo er bis jetzt gewohnt hat. Auf Anordnung des Reichsministeriums des Innern ist er nun auch von dort ausgewiesen worden, so daß er den Plan gefaßt hat, nach Amerika zu reisen. Er ließ in Berlin anfragen, ob es ihm vor der Abreise nach Amerika gestattet sei, etwa 8 Tage in Berlin Aufenthalt zu nehmen, um hier noch geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Das wurde ihm gestattet unter der Bedingung, daß er der hiesigen

Polizeibehörde den Tag der Abreise, seine Berliner Wohnung und den Tag der Abreise mitteilt. Seit Ende voriger Woche weilt nun Awaloff-Bermond tatsächlich in Berlin und steht unmittelbar vor der Abreise.

Welcher Art die „geschäftlichen“ Angelegenheiten sind, die Awaloff-Bermond hier noch zu erledigen hat, wird leider nicht gesagt. Bermond ist bisher nur als politischer Hochstapler und militärischer Abenteuerer aufgetreten. Auf diesem Gebiete scheint er sich auch noch in den letzten Tagen betätigen zu wollen und dafür sollen die etwas weniger Bekannten zeigen, zumal nach dem Aktentat in der Philharmonie, das doch deutlich genug gezeigt hat, mit welchen „geschäftlichen“ Angelegenheiten sich die russischen Monarchisten hierzulande beschäftigen.

Produktionssteigerung der Landwirtschaft

Berlin, 5. April.

Heute nachmittag fand beim Reichspräsidenten eine Besprechung von Vertretern der Landwirtschaft mit Mitgliedern der Reichsregierung über die Fragen der Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion statt. Seitens der Reichsregierung nahmen an der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Sitzung der Reichsminister Dr. Wirth, Reichsminister Dr. Hermes und Staatssekretär Dr. Hirsch, ferner vom Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft Edler von Braun, Dr. Broschke, Freiherr von Kerkerin, von Nibing, von der Reichsarbeitgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen Schurig, Nidich, Behrens und Schmidt teil. Es wurden die Grundlagen für die Durchführung des vom Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft angeregten Dispersionswerks der deutschen Landwirtschaft in eingehender Ausdrucksweise erörtert. Die zu diesem Zwecke im einzelnen zutreffenden gesetzlichen und Verwaltungsmassnahmen werden auf Grund der heutigen Besprechung von den zuständigen Ressorts im Benehmen mit den Verteilungen der deutschen Landwirtschaft usw. alsbald vorbereitet und beraten werden.

Beamtenkreis in Italien. Die römischen Staatsbeamten planen einen Ungehörigen Proteststreik, weil ihnen keine Teuerungszulagen bewilligt sind.

Preussischer Landtag

Mittwoch, den 5. April.

Die zweite Beratung des Haushalts für Gesundheitsverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Barteld (Dem.) fordert, daß sich die Pferdezahl selbst erhalten müsse; die Staatszuschüsse müssen allmählich beseitigt werden. Der Pferdebestand hat seit 1919 abgenommen. Es besteht aber immer noch gegenüber der Vorkriegszeit ein Minus von 152.000 Pferden. Auf Leistungsprüfungen durch Wettrennen kann nicht verzichtet werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf stellt fest, daß die züchterischen Wege, die die Gesundheitsverwaltung bisher eingeschlagen hat, von seiner Partei konstant wurden. Die Pferdezahl darf nicht auf die Verringerung durch Privatrecht beschränkt werden. Die Gesundheitsverwaltung hat sich bemüht, durch Erhöhung des Dea- und Kälbergeldes höhere Einnahmen zu erzielen. Die Staatszuschüsse sind keine Viehegabe an die Landwirtschaft.

Abg. Klauener (MSP.): Wir erblicken in den Zuschüssen des Staates weiter nichts als eine Liebesgabe an den Großgrundbesitz. Am Weizen, wo der Ackergrundbesitz vorherrscht, werden wenig Zuschüsse gewährt, während der Großgrundbesitz im Oden den Hauptteil erhält. Die Pferdezahl vor dem Kriege hatte den Zweck, dem Militär genügend Pferde zur Verfügung zu stellen. Das trifft heute nicht mehr zu. Trotzdem werden durch diesen Etat 41 Millionen Mark gefordert zu dem Zweck, Vollblut- und Halbblutpferde zu züchten, die keine Verwendung für die Landwirtschaft finden können, sondern nur für Rennzwecke. Die Pferdezahl soll nicht dem Ackergrundbesitz überlassen bleiben. Wir müssen vielmehr dazu übergehen, die für die bäuerliche Bevölkerung nötigen Wirtschaftspferde zu züchten. Das heute übliche Verfahren ist unrationell und unsozial. Die Deckelder müssen so erhöht werden, daß die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht kommen. Der Gesundheitsverwaltung fehlt jedes soziale Verständnis für die Lage der ihr unterstellten Arbeiter. Während für den Bau von Arbeiterwohnungen keine Mittel vorhanden sind, während die Arbeitszeit verlängert und die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert werden, werden viele Millionen für Rennzwecke verausgabt. Der Hauptzweck der Wettrennen ist nicht die Leistungsprüfung, sondern das Wettein. Darum müssen wir die Veranstaltung von Rennen als unmoralisch ablehnen. Gerade angeführt der Postlage in weiten Kreisen des Volkes sollte die Regierung und der Landtag nicht die Hand dazu hehlen, diesen Unfug zu fördern. Leider beteiligen sich auch Arbeiter an den Rennwetten, in der Hoffnung, dadurch ihre wirtschaftliche Lage durch mühselige Gewinne zu bessern. (Beifall bei den MSP.)

Abg. Meyer (D. Hannover.) fordert ein Gesetz für Osna-brück. Die 5 Proz. der Deckelder, die zu Leistungsprüfungen verwendet werden sollen, sollten den Pferdezüchtern zur Verfügung gestellt werden. — Abg. Graf zu Stolberg (MSP.) behauptet, daß zu Betriebsräten immer Leute gewählt werden, die den größten Mund haben. Darum müsse man ihre Angaben mit Vorsicht behandeln.

Dem entgegen Genosse Klauener, daß seine Meinung eine Verleumdung der Betriebsräte sei. Die Betriebsräte, die wirklich etwas im Interesse der Arbeiter durchsetzen wollen, werden entlassen. Wenn der Oberlandshausmeister behauptet, daß staatliche Gelder in Höhe von 40 Millionen Mark für Rennzwecke verwendet werden, dann ist das eine absichtliche Täuschung.

Nach Besprechung der einzelnen Titel ist der Etat der Gesundheitsverwaltung erledigt. Die Abstimmlungen werden Donnerstag nachmittag 4 Uhr stattfinden.

Es beginnt die zweite Beratung des Haushalts der Domänenverwaltung. — In der allgemeinen Besprechung führt der Sprecher der Sozialdemokraten, Peters-Hochdorf, aus: Die Einnahmen des Staates aus der Verpachtung der Domänen sind nicht so gesteigert worden, wie es möglich gewesen wäre. Anstatt der Steigerung der Verkaufspreise aller landwirtschaftlichen Produkte muß aus der Verpachtung der Domänen so viel wie irgend möglich herausgeholt werden. Keine politischen Freunde werden die Anträge ablehnen, durch die vom staatlichen Domänenbesitz Stücke zum Zwecke der Züchtung abgetrennt werden sollen.

Schluss 5 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. — Tagesordnung: Forderung des Veranlassens, Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues, Fortsetzung der Beratung des Domänenetats, Abstimmlungen.

Deutscher Reichstag

Mittwoch, den 5. April.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsministeriums des Innern.

Abg. Kardorf (D. Sp.): Ich habe kaum jemals eine Ministerrede gehört, die eine so ausgeprägte Parole war wie die des jetzigen Innenministers. Was die Bekämpfung der Schundliteratur und den Schutz der Jugend anbetrifft, so liegt beides auch uns sehr am Herzen. Aber man verpöndelt sich doch nicht allzuviel von neuen Strafgesetzen, die nur zu Skandalprozessen führen und eine Klamme sind für das, was wir bekämpfen wollen. Die Länder haben durch die Weimarer Verfassung außerordentlich viel verloren. Aber was sie behalten haben, muß ihnen auch gelassen werden. Das trifft besonders auf Bayern zu. Bayern hat die alte Ordnung wiederhergestellt. Dort waltet ein feinsinniges Beamtenum. (Sehr richtig! recht.) Man kann sich nicht wundern, wenn Bayern es ablehnt, vom Reich gegängelt zu werden. Ich warne die Regierung, die von ihr gemachten Fehler noch einmal zu machen, dann könnte die Frage: Was von Berlin einmal eine erlösende Tatsache werden. Zur Frage des Beamtenrechts sei bemerkt: Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß den Beamten kein Streikrecht zusteht. Bei der heutigen Lage in Deutschland kann nicht die eine Klasse auf Kosten der andern gerettet werden. Wir werden gemeinsam gerettet oder gemeinsam untergehen.

Reichsminister des Innern Röhrer: Es ist falsch, zu sagen, die Regierung habe für den oberirdischen Notstand fast nichts getan. Ein Entschädigungsgesetz zur Entschädigung des vom Aufruhr betroffenen Oberirdischen ist rechtlich so lange unmöglich, als die Frage nicht geklärt ist, ob wir über die Entente für diese Aufrührerschäden verantwortlich ist. Für die Notstandsaktion in Oberschlesien sind von der Reichsregierung 100 Millionen ausgeworfen und 70 Millionen bereits ausgezahlt. Weitere 5 Millionen sind in der Auszahlung begriffen. Das muß auch Herrn Kardorf bekunnen sein. Es muß ihm auch bekannt sein, daß gegenwärtig eine kräftige Aktion für Handwerker und Kleinlandwirtschaft im Gange ist.

Abg. Pahnke (Dem.): Wir verstehen es, daß die Anhänger des Allen sich schwer an das Neue gewöhnen können, aber sie müssen sich gewöhnen. Deutschland ist in die Reihe der Weltdemokratien eingetreten und wird darin verbleiben. Herr Mann verlangt die Freiheit auch der monarchischen Gesinnung für die Beamten. So weltfremd ist man auf der Rechten nicht immer gewesen. (Sehr gut!) Noch 1911 hat Herr Trost zu Solz erklärt, Lehrer dürfen selbstverständlich der sozialdemokratischen Richtung nicht angehören. Die Herren von der Rechten haben das ohne Vorbehalt gebilligt.

Abg. Frau Pfaff (SPD.): Wenn es Ihnen auf der Rechten einigermassen ernst ist mit dem Kampf gegen Schund und Schmutz in Kunst und Literatur, müssen Sie sich mit uns auf den Standpunkt stellen, daß das Beste gerade gut genug ist für das Volk. Dem Antrag des Herrn Mann und seiner Freunde stehen wir mit Vorbehalt gegenüber. Der Ruf nach der Polizei hat noch kein Volk fittlicher gemacht, so wenig wie ich glaube, daß die Schupo ein Volk zu staatsbürgerlicher Gesinnung erziehen wird. Ein Wort zur Beamtenpolitik: In allen Regierungen stellen sich die Beamten des alten Systems. Da braucht man also noch nicht Mißtrauen zu einer Regierung zu haben, wenn wirklich auch mal ein paar Sozialdemokraten darin sitzen. Wir sind die stärkste Fraktion in diesem Hause und im Reich. Ich möchte einmal wissen, ob entsprechend unserer Stärke hier im Hause und entsprechend unserer Stärke im Reich wir auch in der Beamtenchaft vertreten sind. (Sehr gut! bei der SPD.)

Abg. Moses (MSP.):

Wenn der Herr Minister des Innern erklärt, das Reich könne für Kulturzwecke nicht mehr tun, weil kein Geld da sei, so hindert das doch nicht, daß für die Reichswehr 470 Millionen und für die Schupo ein dreiviertel Milliarden ausgegeben werden. Wenn man diese Zahlen gegenüberstellt, den Ausgaben von ein für denselben Zweck, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß eigentlich nur der Name gewechselt hat, die Firma und der Geist aber derselbe geblieben ist. (Sehr richtig!) Jammer hört man jetzt, so wie einst, das Wort von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Wenn man aber selbst die Ausgaben für Polizei als fruchtbar bezeichnet, diese Ausgaben sich auf Milliarden belaufen, und man würde diese Summe zu produktiven Zwecken

für die Erfüllung sozialer Aufgaben

verwenden, so hätte man viel mehr für Ruhe und Ordnung getan. Zur Bekämpfung der Tuberkulose sind im Etat 3 Millionen Mark eingelegt. Unser beiseitiger Antrag, diese Position auf 5 Millionen zu erhöhen, ist im Ausschuss abgelehnt worden. Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit haben 2 Millionen im Etat. Unser Antrag, diese Summe auf 4 Millionen zu erhöhen, wurde ebenfalls abgelehnt. Bei dem Geleier, es sei kein Geld vorhanden, kann man, wenn in dem gleichen Etat 1 1/2 Milliarden für Polizeizwecke angelegt sind, neben den Millionen, die noch die einzelnen Länder auszubringen haben, sich nicht darüber wundern, daß unsere Reichsregierung moralische Eroberungen weder im Lande, noch im Auslande zu machen in der Lage ist. Herr v. Kardorf hat die Erläuterung des Volkes als eine nationale, als eine Gemeinschaftsangelegenheit. Niemand wird gegen die Pflege des Sports etwas einzuwenden haben. Was wir jedoch als Sport sehen, ist nicht Sport, sondern Sportexerz. (Sehr wahr!) Ein Mann, wie der Ringkämpfer Breitenhöfner genießt bei den sich als tonangebenden Volkstribunen mehr Autorität und Ansehen, als 5000, Strindberg und Gerhart Hauptmann. (Sehr gut!) Anlässlich des Festes der Bühnengenossenschaften wurden Vaboreise bis zu 1000 Mk. erhoben. Die „Vollzeitung“ schreibt, daß dort ein Reichum sich zehnte, wie man ihn selten sieht, daß Pelamäntel getragen wurden, die sicher Millionen gekostet haben. Dort wird also von den Schiebern und Wucherern ein Prozentum entwickelt. Leider hat auch die Regierung sich durch Vertreter an diesem Fest beteiligt. Was acht die Reichen die Hungernöte in Ausland an? Was kümmern sie die Tatsache, daß 30 Millionen Menschen mit dem Hungertode ringen? Was kümmern sie die Reparationsprobleme? Solange wir noch Sechstage-Rennen veranstalten können, ohne daß blond George und da hineinreden hat, da hat es keine Not in Deutschland. (Heiterkeit und sehr gut!) Am Sportpalast, wo man auf höchste entrückt war, als das in Branauoll fürchterlicher Enge zusammengebrachte Publikum keinen Sitz mehr bekommen konnte, weil keiner mehr da war, konnte die Direktion des Sportpalastes mit einigem Trost auf die Tatsache zurückblicken, daß an einem Tage 1 146 000 Mark loh an Eintrittskäseher zu verdienen war. Neben dem Sechstagesgerengen sollen wir jetzt, wie die Presse meldet, auch Sechstages-Lanztournee bekommen. Was läßt sich nicht außerdem alles machen? Sechstages-Wettessen, Sechstages-Wettintan. Es wird sogar berichtet, daß Eiergesehte veranstaltet werden sollen. Die Spekulation auf die brutalen menschlichen Instinkte wird so in her ungeheuerlichen Weise gefördert. (Sehr wahr!) Das hat Folgen des Kriegs. (Wahrheit!) Betrachtet man die

Steigerung der Weinpreise und den gegenwärtigen Weinsum in Deutschland, so ergibt sich die Tatsache, daß im Jahre 1920 allein

20 Milliarden Mark in Selt verlossen

worden sind. (Wahrheit, hört!) Und was hat uns der Krieg außerdem gebracht? Im Felde getötet wurden über zwei Millionen. Die dieser Tage vom STA. gemeldete Ziffer ist falsch. In der denkwürdigen Sitzung, die die ärztlichen Organisationen im Dezember 1918 abhielten, wurde die Zahl der durch die Hungerblockade Gebliebenen auf 800 000 angewachsen bezeichnet. Rechnet man die späteren Opfer der Hungerblockade hinzu, so beläuft sich die Zahl auf weiter über 2 Millionen. Der Reichsminister sprach nur von 200 000. Ich muß gegen diese Darstelluna ichristen Protest einlegen. Man hat langa genua zu beschönigen versucht. Professor Langstein, der Direktor des Kunze-Bistorias-Hauses, des Instituts zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, hat im September 1918 rund und nett erklärt, daß die Säuglinge trotz des Krieges nicht Mangel leiden. Es lasse sich sehr wohl für sie vom siebenten Monat eine milchlose Beifloze beschaffen. Was verstand er darunter? Er nannte Erbsen, Bohnen, Fetterer Rüben und Ähnliches. Er behauptet weiter, Marmelade ist fast ebenso nahrhaft wie Butter. Das sagt der Direktor des Instituts zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Neben dem Verlust an zwei Millionen Toten und zwei Millionen Toten an Hunger und Erschöpfung verloren wir 3 1/2 Millionen durch Geburtenrückgang, 4 Millionen durch die Abiruna von Elsh-Volbringen und die östlichen Provinzen, insgesamt 11 1/2 Millionen Menschen.

Außerdem haben wir Hunderttausende an Krüppeln, Gecken, Kranken, Blinden, Invaliden. Die Vermordetenlisten weisen 4 1/2 Millionen, darunter 1 1/2 Millionen Säuglingsverletzte, auf. Bestimmt, daß heute mehr entkrumt wird als vor dem Kriege und bestimmt, daß die Schädigung deshalb so viel größer ist, weil das Volk noch heute entkräftet ist. Wollen wir aus dem ganzen Elend, das begründet ist auf unserer Finanznot, heraus, müssen wir sparen. Nur dürfen wir nicht dort sparen, wo es gilt, durch Fürsorge der Not des Volkes Einhalt zu setzen. Durch nicht ausreichende Fürsorge wird auch die Arbeitskrunde, die Arbeitskrunde im Volke nicht gefördert. Es gibt also nicht Dringlicheres als den physischen Aufbau des Volkes. Alle anderen Probleme, auch die der geistigen Gesundung kommen erst in zweiter Linie. Die Arbeiterschaft kann aus dem armen Elend nicht durch Gesehe herausgeführt werden, auch nicht durch Sonnenscheinreden, sondern einig und allein durch den zähen ernstlichen Klassenkampf, national und international. In diesem Hause spielt sich jetzt ein welthistorischer Vorgang ab: die Arbeiter aller Länder haben ihre Vertreter zur Vorbereitung der proletarischen Einigung entsandt. Die Einigung muß kommen, wenn nicht heute, dann morgen! Und aus einem geschlossenen Kampf wird freier der Sozialismus hervorgehen, die Befreiung der ganzen Menschheit. (Lebhafter Beifall bei den US.)

Abg. Reich (B. Sp.): Die Ausführungen des Kollegen Moses kann ich im allgemeinen nur unterstreichen. Die Anträge seiner Partei bezüglich der Volksgeundheit haben meine volle Zustimmung gefunden. In ihnen sind Wiederbaupunkte gegeben, die wir unterstützen müssen, weil sie zur Gesundung unserer Jugend beitragen. Ich unterseide mich aber in der Auffassung des Kollegen Moses darin, daß ich das moralische Moment nicht unterschätze. Eins darf nicht vergessen werden: Wenn wir einen Bau ohne Gott bauen, dann bauen wir umsonst!

Reichsminister Röhrer beantwortet die deuschnationale Interpellation, die mit der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern verbunden, die geistliche Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur und der Unstillscheit fordert: Bei der Betrachtung der jetzigen Verhältnisse muß man sich immer vor Augen halten, daß 4 1/2 Jahre lang die Männer von ihren Frauen getrennt waren, Millionen von Kriegsgefangenen aus allen Ländern nach Deutschland hinein und Deutsche nach anderen Ländern geschleudert wurden. Frauen waren aus ihrer bürgerlichen Umgebung herausgerissen, in Fabriken und Betriebe gesteckt. Nach diesen Jahren furchtbaren seelischen Niederdrucks erfolgte dann nach Kriegsende

eine Entladung in ganz Europa,

die sich auch auf das sexuelle Gebiet erstrecken mußte. Bei der Betrachtung der heutigen Verhältnisse dürfen wir aber nicht das Element des volksträglichen Auslandes vergessen. Die gemeinsten Klüms werden unter Benutzung deutscher Männer und Frauen auf Bestellung reicher Ausländer angefertigt. Im Strafgesetzbuch wie in der Gewerbeordnung ist das Heilbeten und Herstellen von Schmutz- und Schundliteratur bei Strafe verboten. Wir werden von neuen Gesetzen Abstand nehmen, da diese Paragraphen der Gesetzbücher zur Bekämpfung gemeiner Literatur vollkommen ausreichen. Wir brauchen eine neue öffentliche Meinung, und die schaffen wir nicht durch neue Gesetze, sondern nur durch positive oder praktische Erziehungsarbeit.

Der Minister wendet sich dann gegen die einzelnen Redner: Auch ich bin der Meinung, daß die Beamten treue Diener des Staates sein müssen, noch treuere Diener der Republik, sie dürfen nicht nur auf dem Boden der Tatsachen stehen, sondern müssen in ihm wurzeln. Schwarz-Weiß-Geld, das sind unsere Farben, die Gewalt liegt in der Hand des Volkes. Diese Tatsachen anzuerkennen, bin ich von Amis wegen verpflichtet. Und wenn man das Einsehen für die Verfassung als partiell empfindet, dann will ich gerne von Herrn von Kardorf Parteiminister genannt werden.

Abg. Roenen (SPD): wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Ausnahmebestimmungen, die im Parlament gegen die Kommunisten geschaffen seien. Das Reich muß Geld haben für Kulturaufgaben, wenn es für eine militärische Schupo, für eine militärische Nothilfe und einen Spitzdienst Mittel zur Finanzierung hat. Die Debatte wird abgebrochen und der Handelsvertrag mit Serbien und Kroatien in erster und zweiter Lesung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. — Tagesordnung: Regelung der Einfuhr, Seargebiet, Fleischversorgung, Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, Frauen als Schöffen und Geschworene, Schaumwein und Weinsteuer, Sicherung der ärztlichen Versorgung der Krankeinfassen, Handelsvertrag mit Serbien, Haushaltsberatung und Zeitungsnöt.

Acht Arbeiter gefötet

Hagen, 5. April.

Genie vormittag 8 Uhr fuhr ein Personenzug zwischen Rabel und Hagen in die Arbeiterkolonne eines Unternehmers, die Gleisarbeiten vornahm. Von der 30 Mann starken Kolonne wurden acht Mann vom Zuge erfasst, überfahren und sofort getötet. Einige Genie wurden leicht verletzt.

Ein sechsader Raubmord. Dienstag Nacht wurde in einem Anwesen bei Schrobenshausen in Bayern eine sechs-köpfige Bauernfamilie, bestehend aus Mann, Frau und vier Kindern, ermordet aufgefunden. Der Täter ist noch nicht bekannt, es steht noch nicht fest, ob Raubmord vorliegt. Der Weindener Erkennungsdienst der Kriminalpolizei ist an den Tatort abgegangen.

Gewerkschaftliches

Ausschuffentag und Schlichtungsordnung

Zu unseren kritischen Äußerungen zu dem vom Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst gebrachten offiziellen Bericht über die Tagung des Ausschusses des ADGB, erhalten wir von letzterem eine Zuschrift, die folgendes enthält: „Wenn es in dem vom Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst herausgegebenen Bericht heißt: „Der Bericht (gemeint ist der des Bundesvorstandes über seine Tätigkeit im Jahre 1921) gab dem Ausschuss zu wesentlichen Bestandteilen keinen Anlaß, so bezog letztere Bemerkung sich, wie der klare Wortlaut dieser Stelle beweist, nur auf den Bericht des Bundesvorstandes. Dieser wurde auch von den der „Freiheit“ politisch nahestehenden Vertretern der Gewerkschaftsvorstände gebilligt. Mit der von der „Freiheit“ getadelten Bemerkung ist keineswegs gefast, daß der in der Aussprache über den Bericht erwähnte Einwurf zu einer Schlichtungsordnung dem Ausschuss ebenfalls keinen Anlaß zu Verhandlungen gegeben hätte. Zur Schlichtungsordnung und besonders zu deren § 55 hat der Ausschuss des ADGB, schon in seiner Tagung vom 13. bis 17. Dezember vorigen Jahres in so unabweislicher Weise Stellung genommen, daß die Gewerkschaftsredaktion der „Freiheit“ sich darüber beruhigen kann. Es lag diesemmal keine Veranlassung vor, die Stellungnahme des Ausschusses zur Schlichtungsordnung im Bericht noch einmal zu wiederholen.“

Wozu wir folgendes bemerken wollen: Ueber den klaren Wortlaut läßt sich streiten, und wir wünschen nur, daß inskünftig diese Klarheit denn doch etwas präziser in Erscheinung tritt. Dieser Punkt ist aber unwesentlich. Die Gefahr der Schlichtungsordnung tritt nun aber in greifbare Nähe. Fast alle Verbände revoltieren gegen diese Schlichtungsordnung. Der Ausschuss aber beruft sich, wie oben mitgeteilt wird, auf seine Stellungnahme vom 17. Dezember vorigen Jahres. In unserer bewegten Zeit dünkt und die Periode zwischen Mitte Dezember 1921 und April 1922 rechtlich groß. Auf alle Fälle wäre es unserer Meinung nach notwendig gewesen, erneut, unzweideutig und klar, sich in der Frage der Schlichtungsordnung wenigstens, auszusprechen, schon, um den Forderungen der Einzelverbände gerecht zu werden. Das ist nicht geschehen, was wir um der Sache wegen aufs tiefste bedauern. Dieses Unterlassen wird auch durch die Zuschrift nicht behoben.

Von der deutschen Beamtenbewegung

Der Deutsche Beamtenbund hält heute und morgen seinen Bundestag in Berlin ab. Aus diesem Anlaß sendet er an die „größten Tageszeitungen Deutschlands“ ein im schloßartigen Stil gehaltenes Entschieden, das auch uns zugeht. Darin wird erzählt, daß die Gründung des Bundes am 3. Dezember 1918, „nachdem der Novembersturm über unser Vaterland hinweggebraute“, eine „geschichtliche Tat“ war. Weiter heißt es, daß die deutsche Beamtenchaft viel zu wenig Einfluß auf die Wirtschaftspolitik zu gewinnen versucht hat. Was wir nicht bedauern wollen und können, denn die bei diesen Beamtenentscheidungen stark in die Erscheinung tretenden Standesinteressen ergeben den Beweis, daß diese Schichten den wirtschaftlichen Kräften ohnmächtig und verständig gegenüberstehen. Hier noch vermehrte Einfluß auszuüben, bekäme uns nicht gerade gut. Zeitigt wird diese unsere Auffassung durch den Wochzeitel, in welchem die politische Stellungnahme des Bundes wie folgt gekennzeichnet wird:

„Wahren wir in dieser ersten Stunde unsere Geschlossenheit in der einen parteipolitisch neutralen Gebilden und hinein in die freigewerkschaftliche Organisation, dem Deutschen Beamtenbund.“

Der Beamtenbund will auch die Gegensätze des deutschen Volkes überwinden helfen (!) und droht gegen Unbekannt, der es wagen sollte, an den Grundlagen des Bundes zu rütteln. Dies richtet sich wohl gegen die neugegründete freigewerkschaftliche Beamtenzentrale, die, nachdem der Bund die jahrelangen Versuche des A. D. G. B. einen Anschlag herbeizuführen, ablehnte, nun frisch und froh ins Leben trat. Damit ist auch die Stellungnahme aller der Beamten gegeben, die politisch auf unserem Boden stehen. Es muß darum heißen: Hinans aus diesen parteipolitisch neutralen Gebilden und hinein in die freigewerkschaftliche Beamtenzentrale. Dann werden die Interessen dieser Gruppen nach jeder Richtung hin ihre nachhaltigste Vertretung finden.

U. S. P. D.-Straßenbahner

Am Freitag, den 7. April, abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 10, eine Vollversammlung aller U.S.P.D.-Straßenbahner statt. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Kassierer treffen sich bereits um 5 Uhr. Parteiausweis legitimiert.

U.S.P.D.-Straßenbahner-Distrikt.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte

Die neugewählten freigewerkschaftlichen Betriebsräte müssen sich sofort Betriebsratsausweisarten der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale ausstellen lassen. Ausweisarten für Arbeiter werden nur von den zuständigen Gewerkschaften, Ausweisarten für Angestellte nur vom Afa-Bund, Ortsartell Groß-Berlin, Berlin R. 39, Reindendorfer Straße 118, ausgestellt. Die schon mit Legitimationskarte versehenen oder wiedergewählten Arbeiterräte müssen sich von ihrer Gewerkschaft die in ihrem Besitz befindliche Karte für 1922 nachstempeln lassen. Dasselbe trifft für die Angestelltenräte für den Afa-Bund, Ortsartell Groß-Berlin, zu.

Die Zentrale stellt keine Ausweisarten aus. Nur wer eine Ausweisarte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale besitzt, hat zu deren Veranlassungen Zutritt und kann von deren Einrichtungen Gebrauch machen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Bauarbeiter! Seit dem 3. April d. J. befinden sich die Parzellierer und Bohner im Streik. Wir eruchen um eure Unterstützung. Sämtliche Parzellierer und Bohner, welche keine Arbeitsberechtigungskarte haben, sind Streikbrecher. Die Branchenkommission der Holzarbeiter.

Streik in Magdeburg. Der Magdeburger Aderraffinerien heute sofole sind in den drei Magdeburger Raffinerien heute vormittag die Raffineriearbeiter in eine wilden Streik getreten. Bevor der Schlichtungsausschuss in der Lohnfrage gesprochen hatte. Die Raffinerien hatten den Arbeitern eine Stundensulage von 1,95 Mk. bewilligt, was von den Arbeitern abgelehnt wurde.

Kukirol
besorgt schnell sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
als Apotheken- u. Drogerien erhältlich.

Wer vieles bringt...



wie wir es tun, wird sicher auch das haben, was Sie suchen und was Ihrem persönl. Geschmack entspricht.

Schon ein Blick in unsere Schaufenster wird Sie davon überzeugen!

Modernes Kleid aus guter, blauer Cheviotware mit entzückender anderfarbiger Garnierung

495.-



Mod. Plissee Rock mit interessanter Faltenlage, aus gol., blauer Cheviotware, sehr flott im Schnitt

Fescher Rock mod. Plisseeform, aus sehr geschmackvoll blau-weiß gestreitem Stoff

235.-

195.-

Königsstr. 33 **Chausseestr. 113**
Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof

Wegen des erfahrungsgemäß starken Andranges auf unsere Inseratangebote können schriftliche Bestellungen auf dieselben nicht berücksichtigt werden!

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Die Ratten

Neues Volkstheater
Rödelstr. 68
7 1/2 Uhr:
Perlephone

Staatstheater
Opernbühne
Fischerstr. 10
8 1/2 Uhr:
Der Herr der Welt

Waller-Theater
7 1/2 Uhr:
„Spitzenkönigin“

Apollotheater
Friedrichstr. 218
8 Uhr:
„Venus auf Erden“

Metropol-Varieté
Behrenstraße 54
„Der tote Punkt“
Dunst, Terzette
von Pflanzler & Ziegler
Elsa Müller
Danzon, Riedel, Pausy
5 Ju. etros
Slier, Alvari, Libal
Reeves - Reeves
2 Borellis, Pflanzler,
Jupain-Barts
Lotte Werkmeister

CIRCUS BUSCH
Tel. 7 1/2, Sonn. auch 11.
2 Rätsel
Die ungarische
Heilscherin!
Der geheimnisvolle
Mexikaner!
Mangenschaustück
Nörrebocker,
der Seeräuber.

Waltheila-Theater
7 1/2 Uhr
Don Cesar

Musiker
Für alle Gelegenheiten
führt die Orchesterleitung
des Deutschen Musikerverbands,
Rolf-Wehling-Str. 11, Koch. 968.

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Vollender . . . 20 Pf.
Schwarz, Kammion 22 Pf.
Victoria . . . 23 Pf.
Gold & Honig . . . 27 Pf.
Rund
Dr. Hamb. rger
Gräbe 1.

Altmetalle
zahl. hohe Preise, Ober-
be ger. Str. 1, Reinhold-
bocker Str. 107.

Preiswert und gut
kauft man
Damen- und Herren-Stoffe im
Tuchhaus M. E. Freitag — BERLIN C —
Moikensmarkt 14/15
Größte Auswahl in Wert- und Preisen bis zu den besten Qualitäten.

Phorosanos
(Deutsch. Reichs-Patent)
zur schnellen schmerzlosen Behandl. ohne Berührung aller
Harnröhrenleiden
besonders hartnäckige Ausflüsse. Sofort elektr. Durch-
leuchtung und mikroskopische Untersuchungen. Besondere
Abt. f. Haut- u. Syphiliskrankheiten, Männer- u. Frauen-
leiden. Günstige Heilerfolge u. Dankschreiben.
Aerztl. Leitung, Untersuchung u. Beratung kostenlos. Kein
Kranker braucht seinen Namen anzugeben. Teilzahlung.
Phorosanos-Heilanstalten, Potsdamer Straße 106, nahe
Steglitzer Str., Brunnenstr. 11, u. Rosenthalerpl. Sprechz. 9-12
u. 1-7, Sonnt. 10-12. Getrennte Warterräume f. Dam. u. Herr.

Dukaten-Gold 900 gest.
14 Karat-Gold 585 gest.
8 Karat-Gold 333 gest.

Stück von 70 Mk. an
TRAURINGE
billiger
Sind vorrätig am Lager
Trauringefabrik Minoga
BERLINO.
Grüner Weg 69
1. Filiale:
Dresdener Str. 31

Briefwechsel zwisch. Schiller u. Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 5.- Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Vermittlungsbüro Berlin

Lodes-Anzeige
Den Kollegen zur Rechtfert. d. h. m. i. s. t.
Kollage, der U. M. o. t. i. c.

Paul Ruhlig,
Kunsthilf., Gröbstraße 17,
am 28. d. M. a. gelassen ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einlieferung findet am Mittwoch, den
8. 4. 22, zwischen 2 Uhr, von der Leichenhalle
des Krematoriums Baumgartenweg, Kirch-
hofstraße am 11. 11.
S. ge. Best. l. g. u. g. ermordet.
Die Erbschaftswalt.

Wichtige Neuerscheinungen
Des Verlages der Kommunistischen Internationale

In Kürze erscheint:
Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922)
Preis Mk. 30.— (Organisationsausgabe Mk. 15.—)

In rascher Folge erscheinen:
G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront (Rede, gehalten in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 24. und 28. Februar 1922 in Moskau)
Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)
CLARA ZETKIN: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg (Bericht auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 2. März 1922 in Moskau)
Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)
L. TROZKI: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale (Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 26. Februar und 2. März 1922 in Moskau)
Preis Mk. 6.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)
KARL RADEK: Genus, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale (Rede auf der Konferenz der Moskauer Organisation der Kommunistischen Partei Russlands)
Preis Mk. 7 (Organisationsausgabe Mk. 3.—)

Bereits erschienen:
N. LENIN und G. SINOWJEW: Gegen den Strom (Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1914-17)
Preis gebd. Mk. 80.—, brosch. Mk. 60.— (Organisationsausgabe geb. M. 45.—, brosch. 30.—)
N. BUCHARIN: Oekonomie der Transformationsperiode
Preis geb. Mk. 60.—, brosch. Mk. 45.— (Organisationsausgabe geb. M. 30.—, brosch. M. 20.—)
M. PHILIPS PRICE: Die russische Revolution (Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)
Preis geb. Mk. 50.—, brosch. Mk. 44.— (Organisationsausgabe geb. Mk. 35.—, brosch. Mk. 18.—)
KARL RADEK: Wege der russischen Revolution
Preis Mk. 8.— (Organisationsausgabe Mk. 4.50)
L. TROZKI: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht (Rede auf dem IX. Sowjetkongress in Moskau)
Preis Mk. 10.— (Organisationsausgabe Mk. 5.—)
A. WASKI: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution
Preis Mk. 4.— (Organisationsausgabe Mk. 2.—)
E. VARGA: Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren
Preis Mk. 4.— (Organisationsausgabe Mk. 2.50)

Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg
sowie durch sämtliche Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

Gewaschen mit
Dixin

Henkel's Seifenpulver

Hersteller:
Henkel & Co.
Düsseldorf

Jubiläum des Kinderhauses Blumenstr.

Am 7. April feiert Dr. S. Neumanns Kinderhaus, Blumenstr. 97, sein 25jähriges Bestehen. Sein Gründer, Professor Dr. S. Neumann, hatte schon seit 1889 eine Kinderpoliklinik in Mieterräumen unterhalten. Doch sah er die Eröffnung einer Anstalt im eigenen Hause als einen besonderen Abschnitt seines Werkes an. Es war damit für die Behandlung und Beratung des armen und kranken Kindes, die damals noch sehr darniederlag, eine Stätte geschaffen, in der gleichzeitig für die Not, die mit der Krankheit oft verbunden war, Abhilfe geschaffen wurde. Die Poliklinik hatte außer der Abteilung für innere Krankheiten noch solche für Augen, Ohren, Hals, Nasen, Sprachstörungen, Zahnkrankheiten, Chirurgie, Haut, Infektion. In allen Sprechstunden arbeitete der vorgebildete Facharzt und die Leiter der verschiedenen Abteilungen schufen durch inniges Zusammenarbeiten der Abteilungen durchgreifende und einheitliche Leistungen. Daneben arbeitete Neumann in Wort und Schrift für Ausbildung von Ärzten als Vorkämpfer für die Not in der Familie des kranken, armen Kindes.

Begabt mit feinem Blick für die sozialen Schäden und sicherem Gefühl für die Mittel zu ihrer Abhilfe, erweiterte er das Ziel der hygienischen und sozialen Fürsorge. Zum Schutz für das uneheliche Kind und seine Mutter eröffnete er im Kinderhaus eine Unterkunft für hilfsbedürftige Wöchnerinnen und deren Säuglinge. Hier durfte die Mutter die ersten Wochen nach der Entbindung ihre Säuglinge stillen und in Ruhe verbringen.

Dort und im Berliner Kinderhelferverein wirkte er für die spätere gute Unterbringung des unehelichen Kindes in Familienpflege. Durch Lehrkurse wurden Kenntnisse über Ernährung und Pflege des Säuglings bei den Müttern verbreitet, und der Betrieb des Hauses eignete sich bald für Ausbildung von Säuglingspflegerinnen und Kinderkrankenpflegerinnen, welche ein wesentlicher Zweig des Kinderhauses geworden ist.

Für die kranken Kinder wurde eine Krankenstation angelegt, in welcher bei besonderen Ernährungsvorgängen Muttermilch zur Heilung verabreicht werden konnte. Andererseits wurde die Stillpropaganda in ausgedehnter Weise betrieben und durch Belehrung psychische Beeinflussung, Stillunterstützung, die aus Lebensmittelpaketen, Geld, Kohlen und Anderem bestanden, erzielt. Neumann hatte zwei Grundgedanken, von denen seine Fürsorge für das arme, kränkelige Kind ausgingen. Einmal war es die Durchführung einer einheitlichen Behandlung des Kindes von der Geburt an bis mindestens zum Abschluß der Schulzeit, und zwar nicht nur einer Behandlung während der Zeit der Krankheit, sondern Behandlung zur Krankheitsverhütung. Die Kinder kamen und kamen nach Möglichkeit in regelmäßigen Abständen in das Kinderhaus. Der zweite Gesichtspunkt war, daß die Kinder nicht nur den ärztlichen Rat empfangen, sondern daß auch das ausgeführt wurde, was der Arzt empfohlen und angeraten hatte: Wirtschaftliche Hilfe, wenn die Mittel, die zur Genesung dienen, nicht herbeigeschafft werden konnten und erzieherische Beeinflussung von Mutter und Kind, damit das Kind einer gedeihlichen Zukunft entgegengehen konnte.

Unendlich groß ist die Zahl der Fälle von Kindern, für welche er Heilstättenbehandlung erzielte und in denen mit häuslicher Unterstützung nachgeholfen wurde. Auch eine eigene Heilstätte hat er gegründet, in welche er diejenigen unterbrachte, die ihm die Heilstätten nicht abnahmen.

Daneben ließen weitwühnende Gedanken für Volkserziehung. Es wurden Wochenkörbe ausgegeben. Es wurden Sparkarten für Kleidung oder Ferienkolonien, Wanderungen oder Kuraufenthalte angelegt. Im Wohlfahrtsbüro trafen sich alle Arten von Beratern und Hilfsuchenden zu nimmermüder Arbeit.

Das Kinderheim hat er als Stiftung für arme und kränkelige Kinder hinterlassen. Es wird seit seinem Tode (1913) von seinen Freunden und Schülern weitergeführt. Die Arbeit ist durch die schweren Zeiten des Krieges und der Nachkriegszeit aufrechterhalten und immer mehr angepaßt, was zur Behebung der Not der Zeit erforderlich war. Im Kriege wurde der bestehende Anhalt des Hauses zeitweise eine Kinderkrippe, später ein Tagesheim

hinzugefügt. Das Kinderheim griff stets da ein, wo die Lücke in der Wohlfahrt für das Kind am fühlbarsten war.

13 Millionen Mark für die Sozialrentnerfürsorge

Durch Reichsgesetz ist den Gemeinden die Durchführung einer besonderen Fürsorge für die Sozialrentner auferlegt worden.

Von den durch Ausführung dieser Fürsorge entstehenden Unterstühtungskosten erlegt das Reich den Gemeinden vier Fünftel, während ein Fünftel der Unterstühtungskosten und die gesamten Verwaltungskosten von der Gemeinde allein zu tragen sind. Die durch die Sozialrentnerfürsorge im laufenden Etatsjahr noch entstehenden Kosten werden sich für Groß-Berlin auf etwa 13 000 000 Mark belaufen. Bei dieser Berechnung ist schätzungsweise davon ausgegangen, daß 45 000 Invaliden und Altersrentner in Frage kommen, die eine Unterstützung von monatlich je 150 Mark erhalten würden, wovon auf die Gemeinden 30 Mark entfallen. Ferner ist schätzungsweise zugrunde gelegt, daß mit 35 000 Witwen und Waisen zu rechnen ist, bei denen sich die monatliche Unterstützung auf durchschnittlich je 70 Mark beläuft, wovon auf die Gemeinde 14 Mark entfallen würden. Die Unterstühtungen sind nach dem gesetzlichen Bestimmung vom 1. Oktober 1921 ab nachzuschauen, so daß mit einer sechsmonatigen Unterstühtungsdauer für das laufende Etatsjahr zu rechnen ist. Nach obiger Berechnung würden sich die Unterstühtungen für diese sechs Monate auf rund 11 000 000 Mark belaufen, wozu vorordentlich noch 2 Millionen Mark Verwaltungskosten treten. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine entsprechende Vorlage des Magistrats jetzt zugegangen.

Gegen den Kartoffelwucher

Nach der letzten Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin hat der Preisausschuß für Kartoffeln in der Provinz Brandenburg am 23. März d. Js. einen Erzeugerpreis von 150 Mk. je Zentner für Kartoffeln handelsüblicher Ware ab märkischer Station als angemessen ermittelt.

Die Kartoffelpreise gestalten sich demnach je Zentner ungefähr wie folgt: Erzeugerpreis 150.—, Fracht (Durchschnitt für Prov. Brandenburg) 10.—, Verladekosten (5-7 Progs.) 9.—, Großhandelsungen (12 1/2%) 21.50, Umlaufsteuer (2%) 4.50, Großhandelspreis also 195.—, Kleinhandlernutzen (15 Progs.) 30.— Mk. Der Kleinhandelspreis beträgt somit 225.— Mk.

Es wird hervorgehoben, daß es sich hinsichtlich der Frachttaxe nur um märkische Kartoffeln handelt; bei Zufuhren aus anderen Provinzen erhöhen sich die Frachttaxe und somit die Preise. Auf einen Zentner Kartoffeln aus Ostpreußen liegen z. B. 25.— Mk. Fracht je Zentner, so daß sich in diesem Falle der Preis des Zentners Kartoffeln auf 240.— Mk. stellen würde. Sämtliche mit der Preiswucherbekämpfung betrauten Dienststellen werden sich bei den Kontrollen grundsätzlich an obige Richtpreise halten und eine scharfe Ueberwachung ausüben. Händler, die sich weigern, ihre Verkaufs- und Einkaufspreise anzugeben, haben Geldstrafe von 1 bis 50 Mk. zu erwarten. Sämtliche Anzeigen werden durch die Reviere der Abteilung B. des Polizeipräsidiums geleitet.

Gemeinschaftsarbeit in den weltlichen Schulen

Wer jene elenden Juchtanstalten, die sich Volksschulen nennen, besuchen mußte, in denen der wissenshunbende Lehrer, der lausende Rohstoff die Stunde regierte, der kann gelegentlich eines der zahlreichen Elternabende der weltlichen Schulen feststellen, daß die Methode der Gemeinschaftserziehung, die keine vom Schimpfen roten Köpfe, keine Dressurkünste kennt, unendlich mehr aus dem Rinde herausholt, als die Furcht vor Prügelstrafe, vor Anbrüllen, Verunterlegen, Sihenbleiben und dergl.

Ich hatte kürzlich Gelegenheit, an den Elternabenden zweier weltlicher Schulen in Reinickendorf (wir haben deren 3) teilzunehmen. In der VIa-Schule machte die Ober-

klasse einen Schiller-Abend, der in allen Einzelheiten von den Schülern geleitet und durchgeführt wurde. Ein 14jähriger hatte einen Gesangschor einstudiert, der sich hören lassen konnte. Ein anderer legte kaltblütig ein Manuskript auf das Rednerpult und erzählte uns in seiner Sprache sehr Nichtiges vom Leben und Kämpfen des großen Dichters Schiller, wobei er sich nie und da an seinen Reizen orientierte. Ein dritter sprach in gleicher Weise über Schillers Werke. Die Tatsache, daß die beiden keinerlei Dinge erörterten, die ihnen notwendigerweise noch fremd sein mußten, nahm mir alle Zweifel daran, daß es sich hier um selbstständige Arbeiten handelte. Eine Darbietung der Apfelschuß-Szene, Deklamationen Schillerischer Balladen ufm. gaben den Uebrigen Gelegenheit zur Entfaltung kindlicher Theaterkunst. Während alldem sah der Lehrer als Zuschauer zwischen Eltern und schmunzelte wie diese. Auch wenn etwas nicht „klappte“. Aber alle nahmen sich höflich zusammen um zu beweisen, daß es auch ohne Anreißer geht.

Die Va-Schule in Reinickendorf-West hatte ebenfalls zu einem Elternabend eingeladen. Hier hieß das Thema des Abends „Hans Sachs“. Kunstgütige Lehrer hatten mit einem prachtvollen Kinderchor, einem kleinen Orchester und einer Hans-Sachs-Bühne ein launiges, ankerst reizvolles Programm zusammengestellt, das durch eine stimmungsvolle Zwischenmusik, geschrieben von einem kompositorisch begabten Lehrer, verbunden wurde. Die geschminkten und historisch kostümierten Jungens und Mädchen brachten den „Kobold zu Fünffingen“ und „das Rälberbrüten“ so lustig und originell zur Darstellung, daß über diese harmlose Literatur und ihre ebenso harmlose Wiedergabe Tränen gelaßt wurden. Bewundernswert war die muster-gültige Disziplin und Aufmerksamkeit der mitwirkenden Kinder, die alle von höchster Verantwortlichkeit für das Gelingen der Veranstaltung erfüllt zu sein schienen und auf das leiseste Zeichen der gemühtlich und geräuschlos wirkenden Lehrer reagierten. Und nie habe ich ein so andachtsvolles Theaterpublikum gesehen! Hier fühlte jeder den Geist einer gemeinsamen Sache: Arbeit für die Kinder. Arbeit durch die Kinder. Mit Wittern denkt man an die eigene freundlose Schulzeit, die mit dem Besten, was das Kind zu bieten hat, nichts anzufangen wußte.

G. K.

Kriegskassenepper

In einer mehrtägigen Verhandlung haben sich sechs Angeklagte wegen einer Reihe von Straftaten zu verantworten, welche sie dienstlich als Angehörige einer militärischen Kassenverwaltung begangen haben sollen und durch welche das Reich um erhebliche Summen geschädigt worden ist.

Die Anklage behauptet folgendes: Ende 1918 bis Anfang 1920 waren die Intendanturen der einzelnen Truppenkörper, die sich im Stadium der Auflösung befanden, angewiesen worden, fremden Truppenteile, die aus dem Felde zurückgeführt waren und demobilisiert wurden, auf Anforderung von Wohnungen und Entlassungsgeldern Geldbeträge vorzuschließen, wenn die Truppenteile an einem anderen Ort wie dem ihres Stammtorpenteils aufgelöst wurden. Diesen Umständen nutzten die Angeklagten, welche früher als Zahlmeister oder Untergebene in den Kassenverwaltungen verschiedener Truppenteile tätig gewesen waren, in der Weise aus, daß sie Geldforderungen auf den Namen verschiedener Truppenteile und Ausweise auf die verschiedensten Namen anfertigten, die Urkunde mit falschen Stempeln versehen, mit den Urkunden in Jähmeißer- oder Offiziersuniform zu versehenen Kassen gingen, nach Vorlegung der Urkunden zunächst Anweisungen auf die geforderten Beträge und dann die Beträge selber erhielten. Die Anklage beschuldigt sie mit 11 dazugehörigen Fällen, während vier weitere Fälle in einem von dieser Sache abgetrennten Vorunter-suchung noch aufgeklärt werden sollen. Für die Verhandlung sind vorläufig drei Sitzungstage anberaumt worden.

Berlegung der Oesterreichischen Gesandtschaft. Die Geschäftsräume der Oesterreichischen Gesandtschaft befinden sich jetzt Invalidenstr. 15 (Fernsprecher Rollendorf 2871-2873). Die Invaliden- und Fürsorgeabteilung verbleibt bis auf weiteres Kronprinzen-Ufer Nr. 14.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Ursprünglich autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Kuerzschonkes Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(41. Fortsetzung.)

Jetzt berührt die Sonne das stille Wasser am Ufer, und der ganze Fluß scheint plötzlich in Bewegung zu geraten und der einen Stelle zuzustreben. Immer höher steigt sie, Freude und Segen spendend, und wärmt die nackte, fröhliche Erde, die ihr zum Dank herbühlich würzigen Weihrauchspenbet. In der durchsichtigen Luft erscheint die Erde ungeheuer groß, ohne Grenzen, alles verschwimmt ins Weiße und lockt nach der blauen Mandlinie in der Ferne. Viele dühndmal sah ich an dieser Stelle den Sonnenaufgang, und jedesmal erstand vor mir eine neue Welt in neuer Schönheit...

Ich liebe die Sonne auf meine ganz besondere Art, ihr Name schon gefällt mir mit seinem geheimnisvoll weichen Klang; ich liebe es, mit geschlossenen Augen mein Gesicht ihrem heißen Strahl darzubieten, ihn mit der Hand aufzufangen, wenn er einem Schwerer gleich durch eine Spalte im Zaun oder durchs Baumgeäst dringt. Der Großvater ist ein großer Verehrer des Fürsten Michael von Tschernigow und des Bojaren Fjodor, die beide vor der Sonne ihr Haupt nicht beugten — mir aber erschienen diese frommen Männer wie schwarze Zigeuner, finster und böse und tief-äugig wie arme Nordwinen. Wenn die Sonne sich über den Wiesen erhebt, lächle ich unwillkürlich vor Freude.

Ueber mir rauscht leise der Nadelwald und schüttelt die Tautropfen von den zottigen Zweigen; im Schatten unter den Bäumen schimmern die feingemusterten Farnkrautblätter im Silberbrokat des Reifs, mit dem der leichte Morgenrost sie belegt hat. Das vergilbte Gras ist vom Regen niedergeschlagen, die zur Erde geneigten Halme sind unbeweglich, kaum aber fällt ein Sonnenstrahl auf sie, so gehts wie ein leichtes Jittern über sie hin: die letzte Spur von Leben viel-leicht, die sich in ihnen regt.

Die Vögel sind erwacht; die grauen Tannenmeisen schweben als gefiederte kleine Kugeln von Ast zu Ast, die feuerroten Kreuzschnäbel zerhacken mit den krummen Schnäbeln die Samenzapfen an den Nipfeln der Riefeln, an der Spitze des Tannenastes wiegt sich, die langen Ruderfedern bewegend und mißtrauisch nach dem von mir ausgelegten Rege blinzeln, die weiße Schwanzmeise. Und plötzlich erklingt der ganze Wald, der eben noch feierlich schwieg, von zahllosen Vogelstimmen, und die lieblichen kleinen Sänger, nach deren Ebenbilde der schönheitsdürstige Mensch Elfen und Engel geschaffen, erfüllen den hohen, grünen Dom mit ihrem geschäftigen Treiben.

Ich fühle wohl ein klein wenig Mitleid, wenn ich die Vögelchen ihrer Freiheit beraube und in die Käfige sperre, es macht mir mehr Freude, ihnen zuzuschauen und zu lauschen, aber die Lust am Sport und die Aussicht auf Verdienst überwiegt die Empfindung des Mitleids.

Zu spätig gebürden sich die listigen kleinen Tierchen. Da hat eine azurblaue Meise sich die Falle ganz genau befehen und richtig erraten, was ihr von der verdächtigen Vorrichtung droht. Pfliffig nähert sie sich ihr nun von der Seite und weiß die als Köder gestreuten Körner geschickt und ohne Gefahr herauszupicken. Bei aller Schlaueit aber sind die Meisen wiederum sehr neugierig, und das wird ihnen zum Verderben. Die Gimpel, diese Wichtigtuer, sind im Grunde genommen dumme Kerle — sie gehen scharenweise in die Falle, wie satte Bürgerleute zur Kirche.

Will man sie herausnehmen, so sind sie erstaunt, gucken einen groß an und haken mit den dicken Schnäbeln nach den Fingern. Der Kreuzschnäbel geht ruhig und gelassen in die Falle; der braungraue Baum-läufer, ein Vogel eigener Art, der sich gern in Gesellschaft der Meisen aufhält, sitzt lange vor dem Rege, bewegt den langen Schnäbel und stützt sich dabei auf seinen dicken Schwanz. Ein Sonderling unter dem gefiederten Volk, einsam für sich lebend und unbeliebt ist er, gleich der Elster ein Dieb, der gern kleine glänzende Gegenstände verschleppt.

Gegen Mittag ende ich meinen Fang und gehe quen durch Wald und Feld nach Hause. Die Landstraße darf ich nicht benutzen, da mir die Bauernburschen in den Dörfern die Vögel wegnehmen und die Fanggeräte zerbrechen würden, wie ich es zu meinem Leidwesen schon habe erfahren müssen.

Müde und hungrig komme ich am Abend heim, und es ist mir, als hätte ich an diesem Tage etwas Neues gelernt, als sei ich gewachsen und stärker geworden. Dieses Gefühl des Erstarkens läßt mich den Spott des Großvaters ruhig und gelassen ertragen. Er sieht das und spricht nun ernst und vernünftig zu mir:

„Läß ab von den Dummheiten, Junge, ein Vogel-fänger hat's noch nie zu was Rechtem gebracht. Such dir eine richtige Stelle und sieh zu, daß du vorwärts kommst! Nicht zu Narrenspößen ist der Mensch geboren, er ist ein Samen Korn Gottes, das zu einer Mehre voll guter Körner werden soll. Der Mensch ist wie der Rubel: bringt man ihn richtig in Umlauf, so werden drei Rubel aus ihm. Glaubst wohl, es sei leicht zu leben? Durchaus nicht, sag' ich dir! Die Welt ist für den Menschen wie die dunkle Nacht, und jeder muß sich selbst eine Leuchte sein. Jedem sind zehn Finger gegeben, und jeder sucht damit zu greifen, so viel er nur kann. Kraft muß du zeigen, und hast du keine Kraft, so versuch's mit der List; wer klein und schwach ist, paßt weder fürs Paradies noch für die Hölle. Lebe mit den andern in Gemeinschaft, vergiß aber nicht, daß du schließlich doch ganz allein bist; hör' dir alle an, glaub' aber keinem: wer zu leicht vertritt, hat meist auf Sand gebaut. Verne auch schweigen: Häuser und Städte baut man nicht mit der Zunge, sondern mit Rubel und Beil. Du bist kein Baschkire und kein Kalmücke, der ohne Dach auskommt und außer seinen Schafen nur Läuse im Besitz hat...“

Er konnte den ganzen Abend in dieser Weise reden, und die meisten seiner Schlagworte kannte ich auswendig. In ihrer Form fand ich wohl Gefallen, ihren Inhalt nahm ich jedoch mit Mißtrauen auf. Zwei feindliche Gewalten griffen nach seiner Meinung in das Leben des einzelnen bestimmend ein: Gott und die Menschen. (Fortsetzung folgt.)

Schiedspruch im Müllkutscherstreik

Der langandauernde Streik der Müllkutscher scheint seinem Ende entgegenzugehen. Das Reichsarbeitsministerium fällt Dienstag mit Zweidrittelmehrheit einen Schiedspruch.

Einrichtung eines städtischen Sportplatzes in Budow. Das Neuföllner Bezirksamt wird das an der Chaussee in Budow belegene städtische Gelände unter Auspachtung des anrenzenden im Eigentum des Evangelischen Pfarramts Budow befindlichen Grundstücks zu einem großen Sportplatz von 2 1/2 Morgen herrichten lassen.

Wieder ein Anschlag auf einen Eisenbahnzug. Am Montag abend gegen 7 Uhr wurde auf den Zug Nr. 1856 von der Schönflieher Brücke her ein Stein geschleudert, durch den eine Fenster Scheibe zertrümmert.

Eine tenre Nacht. Von der „Freundin“ um Brillanten im Werte von einer halben Million bescholen wurde in der vergangenen Nacht ein Anwerler aus München.

die ihn schließlich nach einem Privat-Hotel in der Nähe des Spittelmarktes brachte. Morgens, als er aufwachte, war er jedoch allein, die Freundin und mit ihr seine Brillanten, Iose und gefasste Steine, im Werte von einer halben Million Mark.

Welfeiertag

Unter diesem Titel erschien soeben im Verlag der „Freiheit“ eine Festschrift, die am 1. Mai in die Hand eines jeden Arbeiters gehört. Sie enthält Beiträge von Ledebour, Crispin, Doria, Anna Remis, Rudolf Werf, Ernst Toller, Hans Rademacher und Maxime Gorki.

Parteiveranstaltungen

- 8. 7. J. Berlin-Mitte. Begründungsfeier für die Schulklassen am Sonntag, den 9. April, abends 7 Uhr, in der Aula der 110. Gemeindefschule, Schönhauser Allee 166a.

- Neuföllner-Bezirk. Vokalabende 7-7 Uhr, im Variété. — Sitzung des Geschichtsausschusses 7 Uhr, im Variété.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Table with multiple columns listing food items and prices. Items include Karpfen, Weisskohl, Frisches Fleisch, Kochkäse, Landleberwurst, etc.

Demnächst erscheint: Russische Korrespondenz Nr. 1-3. Inhalt: N. Lenin; Ueber die neue ökonomische Politik Sowjetrusslands. — L. Kamenev: Die ökonomische Politik Russlands.

Altmetalle, Kupfer Messing, Blei, Zink usw. kauft Metall-Verwertung. Teilzahlung! Garderobe für Damen, Herren und Burschen.

Kleine Anzeigen

Verkäufe, Kaufsuche, Spielzeug, Fahrräder, Vermietungen, Unterricht, Arbeitsmarkt, Möbel. Includes Porath's Kinder- und Krankenanzeige.

Grosser Erfolg in der Freiheit. Haben nicht die Freiheit in der Freiheit.